

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,
in Deutschland und auch in Bayern treten die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs immer deutlicher zutage. Die Bundesregierung rief die Frühwarnstufe des sogenannten Notfallplans Gas aus.

Wir müssen Versorgungssicherheit herstellen und alle Hürden aus dem Weg räumen, die diesem wichtigen Ziel zuwiderlaufen - ob im Investitionsbereich oder bei Erneuerbaren Energien. Wenn wir jetzt alle an einem Strang ziehen, können wir eine Wirtschaftskrise noch erfolgreich abwehren.

Und doch haben wir FREIE WÄHLER im Landtag gerade einen Grund zum Feiern: **Die Rückzahlungsbescheide der Härtefallkommission für Straßenausbaubeiträge wurden verschickt – insgesamt werden 50 Millionen Euro überwiesen.** Alle Bürgerinnen und Bürger haben durch uns also gewonnen. Deshalb ein verdientes Prosit auf das Ende der STRABS!



Rückblick

Russland-Ukraine-Krieg: Anpassung von Sustainable-Finance-Aktivitäten notwendig

Der Russland-Ukraine-Krieg hat für viele Länder Europas schwerwiegende Konsequenzen. So bereitet sich Deutschland aktuell auf eine Verschlechterung der Energieversorgung vor – die Bundesregierung rief am Mittwoch die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aus. **In diesem Kontext dürfen Nachhaltigkeitskriterien nicht zur Gefahr für staatliche Souveränität, sozialen Frieden sowie notwendige Wirtschaftsbereiche werden.** Mit einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Ampelregierung im Bund daher auf, sich schnellstmöglich für eine Anpassung sogenannter Sustainable-Finance-Aktivitäten einzusetzen. Denn Deutschlands sicherheitspolitische Debatte

hinkt der Realität hinterher. Mit dem bloßen Nachjustieren bestimmter Stellschrauben werden wir neuen Gefahren deshalb nicht begegnen können. Die neue Bedrohung in Osteuropa erfordert zusätzliche Maßnahmen. Hier ist ein Umdenken im Hinblick auf Regeln für nachhaltige Investments unabdingbar. Zur Bewältigung der Aufgaben können privatwirtschaftliche Unternehmen mitunter beitragen. **Die neuen, auf besondere Nachhaltigkeit zielenden sogenannten ESG-Kriterien erschweren jedoch Finanzierungsmöglichkeiten.** Wenn wir uns nicht weiter von anderen Staaten abhängig machen wollen, ist eine neue Perspektive im Hinblick auf Sustainable-Finance-Regelungen dringend erforderlich.

Wasserkraftanlagen nicht benachteiligen: Klare Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien notwendig!

Die Bundesregierung soll klare Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien schaffen, ohne dabei einzelne Anlagenformen zu benachteiligen – etwa die Wasserkraft. Mit einem Dringlichkeitsantrag wollen wir erreichen, dass der Bund sich für eine konsequente Umsetzung der Rahmenbedingungen zur Errichtung von Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien einsetzt. **Denn in Bayern spielt die Wasserkraft eine außerordentlich große Rolle – es besteht weiteres Ausbaupotential.** Daher ist es aus bayerischer Sicht wichtig, Wasserenergie im Zuge der anstehenden Überarbeitung bundesrechtlicher Rahmenbedingungen nicht zu benachteiligen. Genau das ist in Artikel 10 des aktuell vorliegenden Referentenentwurfs zum „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ jedoch der Fall. **Insbesondere ist eine Doppelbelastung der Wasserkraft zu vermeiden, da die Einhaltung der gewässerspezifischen Vorschriften bereits ausreichend durch das bestehende Wasserhaushaltsgesetz geregelt ist – einschließlich empfindlicher Sanktionierungsmöglichkeiten.** Wir fordern daher, im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens eine Benachteiligung der Wasserkraft unbedingt zu verhindern.

Kurznews

Chance in der Krise nutzen – Türen des Landtags dauerhaft für digitale Welt öffnen

Der Landtag ist das Herz unserer bayerischen Demokratie, auf das – gerade in der Krise – stets Verlass war.

Bayern braucht erstklassigen Mobilfunk

Ein gut ausgebautes Mobilfunknetz ist wichtig für Bayern. Dabei stehen die Mobilfunkanbieter in der Pflicht, die vom Bund vorgegebenen Ausbaupflichten einzuhalten. Diese wurden aufgrund unseres Einsatzes verschärft und sollen noch weiter verstärkt werden.

Bauherren Planbarkeit und Investitionssicherheit geben - Wiederaufnahme der KfW-Förderung durch den Bund

Anstatt die Inflation noch stärker anzukurbeln, sollte der Bund die KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude endlich wieder aufnehmen.

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende. Bitte bleiben Sie gesund!

Impressum

Abgeordnetenbüro Roland Weigert, MdL
Münchener Str. 24 | 86633 Neuburg a.d. Donau
Tel. 08431 / 6463270 | abgeordnetenbuero.weigert@fw-landtag.de